

Niederschrift

über die 41. Sitzung des Stadtrates der Stadt Eisenach am Freitag, dem 29. Februar 2008, 16:00 Uhr bis 17:45 Uhr, im Saal 13, Verwaltungsgebäude, Markt 22

<u>Anwesenheit:</u>	CDU:	Herr Köckert , Herr Adam, Herr Klopffleisch, Frau Leutheuser, Herr Lindig, Frau Mereuta, Herr Meyer, Frau Müller, Herr Ruhkamp, Herr Dr. Sinn (ab 17.20 Uhr), Herr Suck
	DIE LINKE.:	Frau May , Herr Bauer, Frau Duft, Herr Pechstädt, Herr Schenke, Herr Tikwe, H., Herr Voß, Frau Werner
	SPD:	Herr Gentzel, Herr Levknecht, Herr Dr. Schenk (bis 17.15 Uhr), Frau Stein (bis 17.35 Uhr), Herr Tikwe, T.
	Bündnis 90/ Die Grünen:	Herr Schweßinger , Frau Müller
	BfE:	Herr Gottstein , Frau Apel (bis 17.10 Uhr), Herr Rabe
	EA:	Herr Hofmann , Frau Fischer
	Fraktionslos:	Herr Hardel (bis 17.15 Uhr)

Stadtverwaltung:

Oberbürgermeister, Herr Doht
Bürgermeisterin, Frau Lieske
Dezernentin, Frau Rexrodt
Büroleiter OB, Herr Hartlep
Pressestelle, Herr Wuggazer
Stellv. Amtsleiter Personalamt, Herr Zuschlag
Auszubildende
Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, Frau Quentel
Amtsleiter Haupt- und Ordnungsamt, Herr Strathmann
Amtsleiterin Rechnungsprüfungsamt, Frau Kirschner
komm. Amtsleiterin Finanzverwaltung, Frau Seibicke
Amtsleiterin Ordnungsamt, Frau Kirchner

Gäste:
Herr Prof. Dr. Butscher, sachkundiger Bürger
Herr Jentsch, sachkundiger Bürger
Herr Dr. Schmidt, sachkundiger Bürger
Presse
Bürger

entschuldigt: Herr Dr. Oefner – CDU-Fraktion – verhindert
 Herr Straßburg – CDU-Fraktion – verhindert
 Frau Wolf – DIE LINKE.-Fraktion – dienstlich verhindert
 Frau Winter – SPD-Fraktion – krank

Schriftführer: Frau Steffan
 Frau Seelig

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, eröffnet die 41. Sitzung des Stadtrates der Stadt Eisenach und begrüßt alle Anwesenden.

Die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung wird festgestellt. Dagegen werden keine Einwände erhoben.

Zu Beginn der Sitzung sind 32 Stadtratsmitglieder anwesend und 4 entschuldigt. Damit ist die Beschlussfähigkeit der Sitzung entsprechend § 36 Abs. 1 ThürKO festgestellt.

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, gratuliert allen Stadträten, die zwischen der letzten und der heutigen Sitzung Geburtstag hatten.

Der Oberbürgermeister zieht den Tagesordnungspunkt 10 – 2. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für die Volkshochschule der Stadt Eisenach; hier: Beratung und Beschlussfassung – auf Empfehlung des Ausschusses für Bildung, Schule und Sport von der Tagesordnung zurück.

Die Fraktion des Eisenacher Aufbruchs hat im Ausschuss für Familie, Jugend, Soziales und Gesundheitswesen den Tagesordnungspunkt 17 – Antrag der EA-Stadtratsfraktion – anstehende Korrektur des Gesetzes im Sinne der Abschaffung von „Hartz IV“ - von der Tagesordnung zurückgezogen.

Des Weiteren zieht die BfE-Stadtratsfraktion für die heutige Sitzung den Tagesordnungspunkt 19 - Baumschutzsatzung der Stadt Eisenach – von der Tagesordnung zurück.

Nr. 2 der TO: Einwohnerfragestunde

Der **Vorsitzende, Herr Meyer**, teilt mit, dass zur Sitzung eine Einwohnerfrage – Reg.-Nr. 17/2008 von Frau Roswitha Schlüter vorliegt. Die Einwohnerfrage wurde fristgemäß beantwortet. Die Antwort wurde zu Beginn der Sitzung an die Anfragende übergeben.

Frau Schlüter bedankt sich zunächst für die Antwort. Anschließend fragt Frau Schlüter, wer die Kosten von 15.000 Euro für die Beratung trägt, wenn die Zinserträge nicht entsprechend sind.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, antwortet, dass es sich um einen Stadtratsbeschluss handelt, den die Verwaltung umsetzt. Bei den 15.000 Euro handelt es sich um die Vertragskosten. Die Risiken wurden bei der Beschlussfassung abgewogen.

Nr. 3 der TO: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, weist darauf hin, dass Folgendes in schriftlicher Form vorliegt:

- Mitteilungen des Deutschen Städtetages 01/2008
- Thüringer Regio Takte – Ausgabe 02/2008
- Einladung Musikschule zum Lehrerkonzert am 08.03.2008
- Information zur Brücke über die Hörsel im Zuge der Naumann Straße
- Berichtsvorlage – Thüringentag 2007 – Abrechnung
- Berichtsvorlage – Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2007
hier: Information zu Eckdaten
- Entwurf des Haushaltes 2008
hier: Sachstandbericht

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, informiert, dass aufgrund der herausgegebenen Orkanwarnung vom Deutschen Wetterdienst heute die schwere Entscheidung getroffen wurde, den Umzug des Sommergewinns um eine Woche auf den 08. März 2008 zu verschieben. Herr Doht macht darauf aufmerksam, dass der Sommergewinn das wichtigste Fest für die Stadt Eisenach ist. In diesem Jahr findet der Sommergewinn zum 111. Mal statt. Herr Doht lobt in diesem Zusammenhang die vielen Mühen und Vorbereitungsmaßnahmen zur Durchführung des Sommergewinns. Weiterhin teilt Herr Doht mit, dass heute zweimal der Katastrophenstab (Hilfskräfte wie THW, Polizei, Brand- und Katastrophenschutzamt, Ordnungsamt, Bauordnungsamt, Sommergewinnszunft) aufgrund der Meldungen des Deutschen Wetterdienstes getagt hat. Herr Doht verliest die letzte Meldung des Deutschen Wetterdienstes, aufgrund derer die Entscheidung gefällt wurde. Abschließend bittet Herr Doht darum, dass man für den Umzug am 08. März 2008 wirbt, damit man die gleiche Resonanz erzielt, wie sie am 01. März 2008 erwartet wurde.

Der Oberbürgermeister, Herr Doht, informiert weiterhin über den Stand zum Haushalt 2008. Die Stadt Eisenach wird vermutlich die letzte Stadt in Thüringen sein, die ihren Haushalt einbringen. Herrn Doht ist dies aber lieber, als dass man in die Situation wie Gera gerät, wo 3 Wochen nach der Beschlussfassung der Haushalt gescheitert ist. Herr Doht macht darauf aufmerksam, dass die Haushaltslage noch drastischer ist als im Januar vermutet. Es sind negative Entwicklungen bei Steuern, Zuweisungen und Zuschüssen und den sonstigen Finanzausgaben zu verzeichnen. Herr Doht verweist auf die ausgereichten Unterlagen. Herr Doht macht deutlich, dass man keine Kürzungen bei den freiwilligen Aufgaben möchte, sondern das Niveau halten. Es müssen noch enorme Anstrengungen vorgenommen werden, um einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können. Herr Doht macht klar, dass er auf die Mitarbeit bei der Gestaltung des Haushaltes durch die Stadtratsmitglieder angewiesen ist. Abschließend weist Herr Doht darauf hin, dass es bisher für die Vereine und Verbände noch nicht problematisch ist, dass es keinen Haushalt gibt. Die Vereine und Verbände würden ohne Zuschuss der Stadt da stehen, wenn man einen schnellen Haushalt einbringt, der nur die Pflichtaufgaben enthält.

Der Oberbürgermeister, Herr Doht, informiert über den Tod eines kleinen Mädchens in Behringen. Dabei gibt Herr Doht einige Erläuterungen über den Sachverhalt, da die Mutter mit ihren beiden Kindern vorher in Eisenach gewohnt hat. Die Rede liegt schriftlich vor und wird zu den Akten der Sitzung genommen.

Nr. 4 der TO: Genehmigung der Niederschrift über die 40. Sitzung am 25. Januar 2008 – öffentlicher Teil

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, erklärt, dass zur Niederschrift über die 40. Sitzung des Stadtrates am 25. Januar 2008 kein Änderungsantrag vorliegt.

**Abstimmung: 29 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 3 Stimmenthaltungen**

Damit ist die Niederschrift über die öffentliche Sitzung bestätigt.

Beschluss-Nr.: 0613/2008

Nr. 5 der TO: 11. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Eisenach hier: Beratung und Beschlussfassung

Der **Vorsitzende, Herr Meyer**, informiert, dass ein Änderungsantrag der EA-Stadtratsfraktion vorliegt.

Der **Fraktionsvorsitzende der EA-Stadtratsfraktion, Herr Hofmann**, begründet den Änderungsantrag. Hierbei macht Herr Hofmann zunächst deutlich, dass man die Wahl des Ausländerbeirates befürwortet und die vorgeschlagene Vereinfachung der Verfahrensweise begrüßt. Die vorgeschlagene Änderung bezieht sich auf das demokratische Recht des Ausländerbeirates aus seiner Mitte selbst den Vorsitzenden zu wählen. Herr Hofmann weist darauf hin, dass aufgrund der Regelung der Thüringer Kommunalordnung der Ausländerbeauftragte nur ein EU-Bürger sein kann. Nach Ansicht von Herrn Hofmann haben EU-Bürger, nicht die typischen Probleme ausländischer Mitbürger. Es ist aber gerade Aufgabe des Ausländerbeirates, Menschen zu vertreten, die in einer besonderen Rechtssituation sind. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass die ausländischen Mitbürger vollkommen frei sind, in der Wahl des Vorsitzenden des Ausländerbeirates.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, erklärt, dass ihn dieser Änderungsantrag nicht sehr erfreut, da diese Angelegenheit mehrfach im Ältestenrat diskutiert wurde. Es gab eine breite Übereinstimmung über die vorgelegte Änderung der Hauptsatzung. Des Weiteren macht Herr Doht darauf aufmerksam, dass zur EU mittlerweile 27 Länder gehören, so dass es sich um eine große Anzahl von ausländischen Mitbürgern handelt. Hinsichtlich dem Vorschlag von Herrn Hofmann weist Herr Doht darauf hin, dass man gerade dies nicht wollte, um eine Konkurrenzsituation zwischen dem Vorsitzenden des Ausländerbeirates und dem Ausländerbeauftragten zu verhindern. Des Weiteren wird der Ausländerbeauftragte mit der vorgelegten Variante besser in die Angelegenheiten der ausländischen Mitbürger eingebunden. Nach Ansicht von Herrn Doht erzeugt dieser

Änderungsantrag weiteren Beratungsbedarf. Aus diesem Grund schlägt Herr Doht die Verweisung der Angelegenheit in den Ältestenrat vor.

Der **Fraktionsvorsitzende der BfE-Stadtratsfraktion, Herr Gottstein**, schließt sich den Äußerungen des Oberbürgermeisters an. Herr Gottstein versteht nicht, dass man nach einem $\frac{3}{4}$ Jahr Diskussion diesen Antrag nun vorlegt. Nach Ansicht von Herrn Gottstein wäre es fair gewesen, dass man angedeutet hätte, dass so ein Änderungsantrag kommt. Herr Gottstein empfiehlt ebenfalls die Verweisung in den Ältestenrat. Abschließend bittet Herr Gottstein darum, dass solche Anträge früher vorgelegt werden, damit sie in den entsprechenden Gremien diskutiert werden können.

Der **Fraktionsvorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert**, erklärt, dass ihn der Antrag nicht überrascht, denn Herr Hofmann hat bereits in den Anfängen der Beratung darauf hingewiesen, dass die EA-Fraktion gern eine andere Fassung hätte. Herr Köckert weist darauf hin, dass man sich jedoch im Ältestenrat ganz bewußt für die vorgelegte Fassung entschieden hat. Herr Köckert teilt weiterhin mit, dass man im Ältestenrat überrascht darüber war, wie weit die Verwaltung plötzlich zu gehen bereit war in der Errichtung des Ausländerbeirates. Bezüglich der Variante, für die man sich im Ältestenrat entschieden hat, erklärt Herr Köckert, dass man die spezifischen Erfahrungen mit einem Ausländerbeirat, der durch eine polarisierte Besetzung im Vorsitz, den Ausländerbeirat selbst arbeitsunfähig machte, berücksichtigt hat. Aus diesem Grund bittet Herr Köckert um Zustimmung zur vorgelegten Beschlussvorlage und um Ablehnung des Änderungsantrages der EA-Fraktion.

Die **Fraktionsvorsitzende der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion, Frau May**, teilt mit, dass sie zwar die Intentionen der EA-Fraktion versteht, jedoch ist man im Zuge der Diskussionen darauf gekommen, dass ein besserer Kompromiss nicht gefunden werden kann. Unter Berücksichtigung der vergangenen Situationen ist dies hier kein schlechter Kompromiss. Nach Ansicht von Frau May sollte man diesen Kompromiss annehmen, damit wieder ein Ausländerbeirat seine Arbeit aufnehmen kann. Man sollte die Vorlage so beschließen und dann regelmäßig Bericht erstatten lassen. Sollte dieser Weg nicht der richtige sein, so kann man dies beispielsweise in einer neuen Wahlperiode auch wieder ändern.

Der **Fraktionsvorsitzende der EA-Stadtratsfraktion, Herr Hofmann**, weist darauf hin, dass die vorgebrachten Überlegungen für keine Fraktion neu waren. Weiterhin teilt Herr Hofmann mit, dass man im Ältestenrat keine Einstimmigkeit erzielt hat. Herr Hofmann erklärt, dass er den Änderungsantrag aufrecht erhält. Nach Ansicht von Herrn Hofmann ist eine Verweisung nicht notwendig.

Abstimmung über den Antrag der EA-Stadtratsfraktion:	2 Stimmen dafür
	28 Stimmen dagegen
	2 Stimmenthaltungen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
Die 11. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Eisenach.**

**Abstimmung: 28 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 2 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0614/2008

Nr. 6 der TO: Haushaltssicherungskonzept der Stadt Eisenach 2008

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Verweisung in den Haupt- und Finanzausschuss mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
Das in der Anlage beigefügte Haushaltssicherungskonzept der Stadt Eisenach für das Haushaltsjahr 2008 wird zur Kenntnis genommen und zur weiteren Beratung in den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.**

**Abstimmung: 30 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 1 Stimmenthaltung**

Nr. 7 der TO: Änderung der Besetzung des Aufsichtsrates der SWG Eisenach mbH

Das **Stadtratsmitglied, Herr Gentzel**, schlägt als neues Mitglied Herrn Torsten Tikwe vor.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
Als Nachfolger für das stellvertretende Aufsichtsratsmitglied der Städtischen Wohnungsgesellschaft Eisenach mbH, Frau Regina Stein wird gem. § 11 Abs. 6 des Gesellschaftsvertrages Herr Torsten Tikwe bestellt.**

**Abstimmung: 31 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 1 Stimmenthaltung**

Beschluss-Nr.: 0615/2008

Nr. 8 der TO: Änderung der Besetzung des Aufsichtsrates der Gründer- und Innovationszentrum Stedtfeld GmbH (GIS)

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Als Nachfolger für das stellvertretende Aufsichtsratsmitglied der Gründer- und Innovationszentrum Stedtfeld GmbH, Frau Gisela Meißner wird gem. § 9 Abs. 7 des Gesellschaftsvertrages der Leiter des Regionalen Service Centers Eisenach der IHK Erfurt, Herr Stefan Fricke bestellt.

**Abstimmung: 32 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0616/2008

**Nr. 9 der TO: Satzung zur Erhebung einer Tourismusförderabgabe für
 Übernachtungen in Eisenach
 hier: Beratung und Beschlussfassung**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus empfiehlt dem Stadtrat die Verweisung in die Ausschüsse.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Verweisung in die Ausschüsse mit 6 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 1 Stimmenthaltung.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Die Satzung zur Erhebung einer Tourismusförderabgabe für Übernachtungen in der Stadt Eisenach wird nochmals in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus verwiesen.

**Abstimmung: 30 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 1 Stimmenthaltung**

**Nr. 10 der TO: 2. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für die
 Volkshochschule der Stadt Eisenach
 hier: Einbringung**

Die Beschlussvorlage wurde im Benehmen mit dem Ausschuss für Bildung, Schule und Sport von der Tagesordnung zurückgezogen.

**Nr. 11 der TO: Satzung über die Benutzung der Kindergärten der Stadt
 Eisenach (Kindergarten-Benutzungssatzung)
 hier: Beratung und Beschlussfassung**

Der Ausschuss für Familie, Jugend, Soziales und Gesundheitswesen empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 5 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 1 Stimmenthaltung.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 3 Stimmenthaltungen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 5 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 2 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Die Satzung über die Benutzung der Kindergärten der Stadt Eisenach (Kindergarten-Benutzungssatzung).

**Abstimmung: 31 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0617/2008

**Nr. 12 der TO: Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung von Kindergärten und die Betreuung von Kindern in Kindertagespflege in der Stadt Eisenach (Kindertagesbetreuungs-Gebührensatzung)
 hier: Beratung und Beschlussfassung**

Die **Bürgermeisterin, Frau Lieske**, begründet die Beschlussvorlage.

Das **Stadtratsmitglied, Frau Fischer**, erklärt, dass man im Ausschuss sehr eingehend über diese Angelegenheiten beraten hat. Frau Fischer stellt den Antrag, dass man die Staffelung noch mal überdenken sollte. Die Staffelung sollte über die 2.500 Euro hinaus gehen. Mit höherem Einkommen ist nach Ansicht von Frau Fischer auch eine höhere Zahlung von Gebühren gerechtfertigt.

Die **Bürgermeisterin, Frau Lieske**, macht darauf aufmerksam, dass, egal wie hoch das Einkommen ist, eine höhere Belastung von mehr als den 125,50 Euro nicht sein darf. Man darf die Betroffenen nur mit der Gebühr belasten, die auch kostendeckend ist. Auch wenn ein höheres Einkommen besteht, darf man nicht mehr verlangen. Der von Frau Fischer angestrebte Effekt würde also nicht erreicht werden.

Das **Stadtratsmitglied, Frau Fischer**, beantragt weiterhin, dass das letzte Kindergartenjahr vor der Schule beitragsfrei ist. Frau Fischer sieht diesbezüglich Beratungsbedarf und stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Rückverweisung der Vorlage in die zuständigen Ausschüsse.

Der **Fraktionsvorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert**, schlägt vor, dass man den Geschäftsordnungsantrag nicht beschließen sollte. Nach Ansicht von Herrn Köckert sollte heute der Beschluss über die vorlegte Satzung erfolgen, damit man hier zunächst einen Abschluss erzielt. Die EA-Fraktion kann gesondert einen Antrag zu der von ihr angedachten Maßnahme stellen und wenn dieser eine Mehrheit findet, wird die Satzung entsprechend geändert. Herr Köckert verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass bei Anträgen ein entsprechender Deckungsvorschlag mit anzugeben ist.

Das **Stadtratsmitglied, Frau Fischer**, erklärt, dass sie den Geschäftsordnungsantrag zurückzieht. Weiterhin erklärt Frau Fischer, dass die EA-Fraktion einen entsprechenden Antrag zur nächsten Stadtratssitzung einbringen wird.

Das **Stadtratsmitglied, Herr Schenke**, hält folgenden Redebeitrag:

„Wie sie wissen, streben wir die volle Beitragsfreiheit für unsere Kindertagesstätten an, was zu einer Stärkung des Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsauftrags beitragen würde. Die politischen Rahmenbedingungen können natürlich die Kommunen nicht alleine tragen. Hier sind vor allem die Bundes- und Landesregierung gefordert. Aber gerade letztere hat uns mit ihrem Familienfördergesetz, der sogenannten Familienoffensive, ein zusätzliches Ei ins städtische Finanznotnest gelegt. Dieses Landesgesetz ist ein Gesetz contra Kinder, contra Familie und ein Gesetz contra Kommunen, denn sämtliche personellen und finanziellen Einschnitte bei den Kindertagesstätten, die von der Stadt nicht aufgefangen werden können, gehen zu Lasten unserer Kinder. Nun ist es unsere Aufgabe, eine sozial gestaffelte Gebührenordnung zu beschließen, die gleichzeitig keine Abstriche an Quantität und Qualität in der Betreuung unserer Kinder zulassen soll. Weil es Diskussionen zur Staffelung in den Ausschüssen gegeben kann, weise ich hier explizit nochmals darauf hin, Auslöser für eine soziale Staffelung war ein Urteil des Thüringer Oberverwaltungsgerichts, also keine Erfindung unserer Verwaltung, denn die hatte im Februar 2007, also vor einem Jahr vom Verwaltungsamt Thüringen die Aufgabe erhalten, ihre damals vorgelegte Gebührensatzung zu überarbeiten. Eine Staffelung von Elternbeiträgen für die Kindergärten nach Einkommen und Kinderzahl muss nach dem Urteil des Gerichtes gewährleisten, dass eine geringere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und eine höhere Kinderzahl zu geringeren Beiträgen führt. Auch deshalb befürworten wir, dass der Änderungsantrag der SPD auch in der neuen Beschlussvorlage im § 8 eingegangen ist. Die letzte Verwaltungsvorlage vom Dezember 2007 wurde nach Kritik und Abstimmung im nichtöffentlichen Sozialausschuss beraten. 9 Tage später, also nicht wie die Thüringer Allgemeine heute berichtet hat, wurde ein Antrag im Haupt- und Finanzausschuss durch Herrn Köckert gestellt, die Vorlage zurückzunehmen. Also der Sozialausschuss war da ein bißchen schneller. In dieser Verwaltungsvorlage waren Gebührenerhöhungen bis zu 224% vorgesehen. Mit Herrn Althaus - CDU – Familienoffensive hätten nicht wenige Eltern über 400 Euro für einen Platz hinlegen müssen, dies wollten und konnten wir keinem zumuten. Dies hätte zu einer sozialen Selektion in den Kindergärten der Stadt geführt. Verantwortliche Politik sieht anders aus. Probleme nicht nur anzusprechen, Herr Köckert, sondern auch Lösungswege aufzuzeigen, bewog unsere Fraktion noch im Dezember, im Sozialausschuss hatte ich es ja angekündigt, eine eigene Gebührenordnung der Verwaltung vorzulegen. Wir freuen uns an dieser Stelle, dass sich unsere Fraktion in der vorliegenden Beschlussvorlage durchaus wiederfindet. Hier liegen die Unterschiede zu unserer eingereichten Berechnung zum Teil bei einem Euro. Ein Indiz auf Zunahme von Armut bei Kindern liefern uns aber die Daten aus den Kindergärten. Wer dort ein Kind betreuen lässt und die Gebühren nicht zahlen kann, darf einen Antrag auf Freistellung der Gebühren stellen. In diesem Zusammenhang wird von uns auch die Verfahrensweise der Mitwirkungspflicht des § 11 – Offenlegung des Einkommens – der Eltern kritisiert. Dies kann zur Stigmatisierung unserer Kinder vor Ort führen. Seit in Krafttreten der Hartz-IV-Gesetze stiegen jedes Jahr die Übernahmen der Gebühren durch die Stadt, die wir allein als Kommune zu schultern haben. Noch vor 3 Jahren, also im ersten Jahr der Hartz-IV-Gesetze, gab es 350 Gebührenübernahmen. Vor 2 Jahren lag die Zahl bei 382 und im vergangenen Jahr waren es weit über 400. Das heißt, die Übernahme der Kindergartengebühr für einkommensschwache Familien kostete uns als Stadt im letzten Jahr über 250.000 Euro zusätzlich. Die heute zu beschließende Gebührenordnung hat überdies eine Leitfunktion für die freien Träger, denn es ist kein Geheimnis, dass hier auf ein städtisches Signal gewartet wurde. Zu hoffen ist, dass es jetzt zu keinem aggressiven

Preiskampf unter den Kindergärten kommt. Die Fraktion DIE LINKE. stimmt mehrheitlich der vorliegenden Beschlussvorlage zu.“

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, bittet um Zustimmung zu dieser Beschlussvorlage. Herr Doht macht deutlich, dass entgegen der Aussage von Herrn Schenke die Stadt nicht über 250.000 Euro, sondern über 400.000 Euro an Gebühren übernimmt. Abschließend macht Herr Doht deutlich, dass man bei dieser Vorlage das Höchstmögliche vorgenommen hat.

Der Ausschuss für Familie, Jugend, Soziales und Gesundheitswesen empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 8 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 2 Stimmenthaltungen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 5 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 2 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung von Kindergärten und die Betreuung von Kindern in Kindertagespflege in der Stadt Eisenach (Kindertagesbetreuungs-Gebührensatzung).

Abstimmung: **30 Stimmen dafür**
 0 Stimmen dagegen
 2 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 0618/2008

Nr. 13 der TO: Sanierung Stadtschloss 5./6. Bauabschnitt
hier: Bereitstellung von Haushaltsmitteln im Haushalt 2008 in
Höhe von 600.000,-- €

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Die Bereitstellung von Haushaltsmitteln 2008 in Höhe von 600.000,00 € in der Haushaltsstelle 61500.94008 Sanierung/Ausbau Stadtschloss Eisenach, 5. und 6. Bauabschnitt.

Die Deckung erfolgt aus folgenden Haushaltsstellen:

61500.36108 – Landeszuweisung zum Stadtschloss Eisenach

1. 61500.36108 – Landeszuweisung zum Stadtschloss Eisenach in Höhe von 480.000,-- € für 5. und 6. BA (Bewilligungsbescheide liegen vor).

2. Eigenanteil der Stadt Eisenach in Höhe von 120.000,00 € Haushalt 2008.

Abstimmung: **29 Stimmen dafür**
 0 Stimmen dagegen
 3 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 0619/2008

**Nr. 14 der TO: Baumaßnahme Erneuerung der Adam-Opel-Straße 1.BA
hier: Bereitstellung von Finanzmitteln
in Höhe von 10.000,00 € in der Haushaltsstelle 63000.93215 (1)
und in Höhe von 1.264.800,00 € in der Haushaltsstelle
63000.96015 (2)**

Der Fraktionsvorsitzende der EA-Stadtratsfraktion, Herr Hofmann, hält folgenden Redebeitrag:

„Natürlich bin ich für die Vorlage. Als Beschäftigter und Betriebsratsmitglied eines namenhaften Automobilunternehmens an der namenhaften Straße kann ich natürlich im Interesse der Beschäftigten nicht nur dieses Betriebes, sondern auch der, die dort auch Anlieger sind, nur begrüßen, dass man nicht weiterhin sein Privatfahrzeug als Testfahrzeug dort einsetzen muss, um die Belastbarkeit des Fahrwerks zu überprüfen. Das haben wir jetzt jahrelang gemacht einschließlich meines Fahrrades. Ich wollte zur Finanzierung dieser Baumaßnahme hier das Wort ergreifen. Bekanntlich werden die Anlieger zur Finanzierung herangezogen, in dem Straßenausbaubeiträge erhoben werden. Mein Anliegen ist, dass alle, die von dieser Straße profitieren, die Vorteile von dieser Straße haben, auch möglichst gleichmäßig entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit herangezogen werden sollten, um diese Straße zu finanzieren. Ich möchte dazu aus dem Thüringer Kommunalabgabengesetz zitieren, wo es unter § 7 heißt – ich zitiere mit einigen Auslassungen: Die Gemeinden und Landkreise können von denjenigen Grundstückseigentümern Beiträge erheben, denen die Möglichkeit der Inanspruchnahme dieser Einrichtungen, in dem Fall Straße, besondere Vorteile bietet. Es wird sicherlich niemand bestreiten können, dass auch dem namenhaften Automobilunternehmen am Ende dieser Straße durch die Erneuerung dieser Straße erhebliche Vorteile entstehen. Es ist ja bekanntlich auch so, dass ein großer Teil der Produktion der Automobilindustrie ausgelagert wird in Firmen, die teilweise an dieser Straße liegen, teilweise aber auch bis Lupnitz, Stockhausen, usw. verstreut sind, wo dann die LKW nur durch die Benutzung dieser Straße ihre Teile anliefern können. Dadurch entstehen für Opel insofern Vorteile, weil sie billige Löhne nutzen, die in diesen ausgelagerten Firmen gezahlt werden. Deswegen ist es nur recht und billig, dass sich auch diese Nutzungsmöglichkeiten dann in einer entsprechenden Heranziehung zur Finanzierung dieser Straße niederschlagen. Nun ist ja die Rechtslage wahrscheinlich geläufig, dass es in Thüringen juristisch schwer möglich ist, Firmen, die am Ende dieser Straße sind und dadurch nicht Anlieger, sondern Querlieger sind, dass diese nicht zwangsweise herangezogen werden können. Da gab es schon einige Rechtsstreite mit leidvollen Erfahrungen früherer Abgeordneter dieses Stadtrates. Damals ging es um Straßenreinigung, wenn es jetzt aber um Beiträge für die Erneuerung geht, geht es sicherlich auch um höhere Beiträge. Lange Rede, kurzer Sinn, mein Appell an die Verantwortlichen der Stadt auf die Verantwortlichen aller namenhaften Unternehmen an dieser Straße zuzugehen und zu appellieren, dass man seine Pflicht tut und sich in entsprechend beteiligt an der Finanzierung der Straße und das nicht einfach den Kleingärtnern überlässt.“

Die **Dezernentin, Frau Rexrodt,** stimmt der Aussage von Herrn Hofmann bezüglich des § 7a des Kommunalabgabengesetzes zu, darin wird von den besonderen Vorteilen der Anlieger gesprochen. Hierzu liegt eine Rechtsauskunft aus Meiningen vor, danach haben Anlieger, nicht die Querlieger den besonderen Vorteil. Demzufolge kann man rechtmäßig überhaupt nichts tun. Aus diesem Grund fordert Frau Rexrodt Herrn Hofmann auf, da er im Betriebsrat ist, diese Angelegenheiten im Unternehmen anzusprechen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 5 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 2 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Die Bereitstellung von Finanzmitteln für das Vorhaben „Erneuerung der Adam-Opel-Straße, 1. BA“ in Höhe von 10.000,00 € in der Haushaltsstelle 63000.93215 und in Höhe von 1.264.800,00 € in der Haushaltsstelle 63000.96015 im Haushalt 2008, vorbehaltlich der Bewilligung der Fördermittel bei der Haushaltsstelle 63000.36015.

**Abstimmung: 28 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 3 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0620/2008

Nr. 15 der TO: Bereitstellung von Finanzmitteln für das Bauvorhaben Brücke über die Hörsel im Zuge der Mühlhäuser Straße in Höhe von 1.606.610,00 € in der HH-Stelle 63380.96030

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 5 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 2 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Die Bereitstellung von Finanzmitteln für das Bauvorhaben Brücke über die Hörsel im Zuge der Mühlhäuser Straße in Höhe von 1.606.610,00 € in der HH-Stelle 63380.96030, vorbehaltlich der Bewilligung von Fördermitteln in Höhe von 1.525.000,00 € für die HH-Stelle 63380.36130.

**Abstimmung: 30 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 1 Stimmenthaltung**

Beschluss-Nr.: 0621/2008

Nr. 16 der TO: Bereitstellung von Finanzmitteln für das Vorhaben B 84 Knoten Kasseler Straße/Ernst-Thälmann-Straße in der Haushaltsstelle 66000.96001 in Höhe von 109.000,00 €

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Die Bereitstellung von Finanzmitteln für das Vorhaben B 84 Knoten Kasseler Straße/Ernst-Thälmann-Straße in der Haushaltsstelle 66000.96001 in Höhe von 109.000,00 € vorbehaltlich der Bewilligung der Fördermittel in der Haushaltsstelle 66000.36101 in Höhe von 109.000,00 €.

**Abstimmung: 31 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0622/2008

Nr. 17 der TO: Antrag der EA-Stadtratsfraktion – anstehende Korrektur des Gesetzes im Sinne der Abschaffung von „Hartz IV“

Der Antrag wurde im Ausschuss für Familie, Jugend, Soziales und Gesundheitswesen von der EA-Stadtratsfraktion zurückgezogen.

Nr. 18 der TO: Antrag der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion – Strom und Gas für alle – Sozialtarif jetzt

Der **Fraktionsvorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert**, beantragt eine Änderung des Beschlusses, da man seiner Ansicht nach den Oberbürgermeister nicht beauftragen kann dieses schon umzusetzen, bevor die Angelegenheit nicht geprüft worden ist. Die EVB tut nicht schon wenig auch mit einem sogenannte Sozialtarif, der zwar nicht diese Ausgestaltung hat, wie der hier geforderte. Nach Meinung von Herrn Köckert ist der hier vorgelegte Vorschlag interessant, bedarf aber der Prüfung. Aus diesem Grund sollte der Punkt 1 so gefasst werden, dass der Oberbürgermeister beauftragt wird zu prüfen, ob die EVB einen Sozialtarif in dieser Art und Weise anbieten kann. Hinsichtlich des Punktes 2 erklärt Herr Köckert, dass dieser gestrichen werden kann, da man Aufsichtsratsmitglieder nicht anweisen kann. Entsprechend der Regelung des Punktes 1 muss der Punkt 3 dahingehend angepasst werden, dass der Oberbürgermeister das Ergebnis der Prüfung spätestens im Mai zu berichten hat. Der Änderungsantrag liegt schriftlich vor und wird als Anlage zur Protokoll genommen.

Das **Stadtratsmitglied, Herr Schenke**, erklärt, dass man entsprechend des Antrages von Herrn Köckert, den Punkt 2 streichen kann. Herr Schenke schlägt vor, dass man diesen Antrag in den zuständigen Ausschuss verweisen sollte.

Der **Fraktionsvorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert**, merkt an, dass man damit den eigenen Intentionen entgegengeht. Nach Ansicht von Herrn Köckert sollte man den Vorschlag prüfen lassen, um dann eine Entscheidung treffen zu können.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, sieht Einigkeit darüber, dass dieser Antrag ausführlich im Ausschuss beraten werden sollte. Weiterhin erklärt Herr Doht, dass die EVB zu 51% eine städtische Gesellschaft ist. Des Weiteren macht auch Herr Doht darauf aufmerksam, dass die Aufsichtsratsmitglieder nicht weisungsgebunden sind. Weiterhin weist Herr Doht darauf hin, dass die EVB bereits einen Sozialbonus hat, der vorsieht, dass bei Vorlage der GEZ-Befreiung und wenn keine offenen Forderungen bei

der EVB bestehen, dass der Kunde eine Stromgutschrift von 30 Kilowattstunden monatlich unabhängig von seinem Verbrauch erhält. Dies entspricht 6,20 Euro im Monat bzw. 74,38 Euro im Jahr. Für diese Leistungen möchte die EVB, was sich auf den Haushalt auswirken wird, anteilig keine Konzession an die Stadt zahlen. Abschließend teilt Herr Doht mit, dass es bei der EVB bereits 190 Ratenzahlpläne mit der nicht unerheblichen Summe von 180.000 Euro gibt.

Der Vorsitzende, Herr Meyer, stellt fest, dass der Oberbürgermeister einen Geschäftsordnungsantrag auf Verweisung der Vorlage in die zuständigen Ausschüsse gestellt hat.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 5 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 2 Stimmenthaltungen.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
Die Verweisung des Antrages in den Haupt- und Finanzausschuss.**

Abstimmung: 15 Stimmen dafür
 5 Stimmen dagegen
 7 Stimmenthaltungen

Nr. 19 der TO: Antrag der BfE-Stadtratsfraktion – Baumschutzsatzung der Stadt Eisenach

Der Antrag wird von Seiten der BfE-Stadtratsfraktion zurückgezogen. Gleichzeitig wird die Aufnahme des Antrages für die Sitzung des Stadtrates im April 2008 beantragt.

Nr. 20 der TO: Anfragen

Reg.-Nr. 271/2007 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion
Thema: Effektivität (Besucherzahlen und finanzieller Rückfluss an die Stadt) der von der Stadt Eisenach teilweise oder voll finanzierten Elisabeth-Veranstaltungen 2007
Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.

Reg.-Nr. 272/2007 Anfrage der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion
Thema: Situation im Mosewald
Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.

Reg.-Nr. 290/2008 Anfrage der CDU.-Stadtratsfraktion
Diese Anfrage wird im nichtöffentlichen Teil behandelt.

Reg.-Nr. 291/2008 Anfrage der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion
Diese Anfrage wird im nichtöffentlichen Teil behandelt.

Reg.-Nr. 292/2008 Anfrage der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion
Thema: Kürzung Sozialhilfe aufgrund kostenloser Verpflegung in
Heimen oder Behindertenwerkstätten

Das **Stadtratsmitglied, Herr Schenke**, fragt, wie viele Abmeldungen vom Mittagessen erfolgt sind.

Die **Bürgermeisterin, Frau Lieske**, sagt eine Prüfung zu.

Reg.-Nr. 293/2008 Anfrage der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion
Thema: Übertragung von Aufgaben der staatlichen Umwelt- und
Versorgungsämter auf die Landkreise und kreisfreien Städte
Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.

Reg.-Nr. 294/2008 Anfrage der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion
Thema: Überarbeitung der Schulnetzkonzeption
Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.

Reg.-Nr. 295/2008 Anfrage der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion
Thema: Neues Berufsschulzentrum
Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.

Reg.-Nr. 296/2008 Anfrage der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion
Thema: Stand Ratsinformationssystem
Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.

Reg.-Nr. 297/2008 Anfrage der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion
Thema: Nutzung fertig gestellter Räumlichkeiten des Stadtschlusses
Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.

Reg.-Nr. 298/2008 Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion
Thema: Durchführung von Verkehrsschauen

Das **Stadtratsmitglied, Frau Leutheuser**, fragt, ob es ein Protokoll zur Verkehrsschau gibt und wenn ja, ob man über das Ergebnis informiert werden kann. Des Weiteren fragt Frau Leutheuser, was von den Empfehlungen durch die Stadt umgesetzt wurde.

Die **Dezernentin, Frau Rexrodt**, sagt eine Prüfung und Beantwortung im Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss zu.

Der **Fraktionsvorsitzende der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, Herr Schweßinger**, fragt, ob auch die Radfahrer bei der Prüfung berücksichtigt werden.

Reg.-Nr. 299/2008 Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion
Thema: gefahrlose Überquerung der Gothaer Straße

Das **Stadtratsmitglied, Frau Leutheuser**, bittet, dass man diese Angelegenheit nicht aus den Augen verlieren sollte, da es sich um

ein Anliegen von Bürgern bzw. Müttern handelt, die ihre Kinder auf der anderen Straßenseite auf den Spielplatz lassen möchten.

Reg.-Nr. 268/2007 Anfrage der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion
Thema: Überarbeitete Unterkunftsrichtlinie

Das **Stadratsmitglied, Herr Bauer**, bittet darum, dass die Wohnflächenregelung aus dem Jahr 2004 bei der Überarbeitung berücksichtigt wird. Des Weiteren fragt Herr Bauer, wann die überarbeitete Richtlinie vorliegt.

Die **Bürgermeisterin, Frau Lieske**, antwortet, dass die Richtlinie bereits überarbeitet war, jedoch aufgrund eines Änderungsschreibens zum Schreiben vom Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Arbeit nochmals überarbeitet werden muss.

Ende der öffentlichen Sitzung um 17:35 Uhr

Nichtöffentlicher Teil

Die nächste Sitzung des Stadtrates der Stadt Eisenach findet am 19. März 2008 statt.

Meyer
Vorsitzender des Stadtrates

f.d.R.d.P.: Seelig
Schriftführerin